

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1891

6.12.1891 (No. 334)

Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 6. Dezember.

Nr. 334.

Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfennige. Briefe und Gelber frei.

1891.

Ankündigungen für die Weihnachtszeit finden in der „Karlsruher Zeitung“ die geeignetste Verbreitung. Dabei bemerken wir, daß bei mehrmaliger Wiederholung solcher Weihnachtsanzeigen außerordentliche Vergünstigungen gewährt werden.
Expedition der „Karlsruher Zeitung“.

Hof-Ansage.

Wegen Ablebens Seiner Kaiserlichen und Königl. Hoheit des Erzherzogs Heinrich von Oesterreich legt der Großherzogliche Hof von heute an die Trauer auf 8 Tage bis zum 12. Dezember einschließlich nach der 4. Stufe der Trauerordnung an.

Karlsruhe, den 5. Dezember 1891.

Großherzogliches Oberkammerherrn-Amt.
Freiherr von Gemmingen.

Durch Verfügung des Königl. Kriegsministeriums ist der Assistent Kramer vom Bekleidungsamt 14. Armeecorps auf seinen Antrag mit Pension in den Ruhestand versetzt und laut Allerhöchster Kabinettsordre vom 21. v. Mts. der Königl. Kronen-Orden 4. Kl. verliehen.

Dichtantlicher Theil.

Karlsruhe, den 5. Dezember.

Mit lebhafter Theilnahme wird man die uns heute telegraphisch zugegangene Nachricht aus Paris vernehmen, daß Seine Majestät der Kaiser Dom Pedro von Brasilien in der vergangenen Nacht gestorben ist. Kaiser Dom Pedro hat durch die Menschenfreundlichkeit seines Wesens und die Gerechtigkeit seiner Gesinnung überall die reinste Sympathie genossen; in der wissenschaftlichen Welt war er hochangesehen. Zu der Achtung und Sympathie, die man ihm überall entgegenbrachte, gesellte sich in den letzten Jahren noch eine innige menschliche Theilnahme für den Monarchen, der am Abend seines Lebens so herbe Schicksalsschläge erleben mußte, indem er durch die Revolution seine Krone und bald darauf durch den Tod die treue Gefährtin seines Lebens verlor. Seine letzten Lebensstage sind noch veredelt worden durch die Sorge für die Zukunft Brasiliens. Denn Kaiser Dom Pedro hing noch mit ganzem Herzen an dem brasilianischen Volke, trotzdem dasselbe ihn der kaiserlichen Würde entkleidet und ihm die Verbannung auferlegt hatte; die letzten Ereignisse in Brasilien, die Gefahr eines Bürgerkrieges in dem einst von ihm regierten Lande bekümmerten sein Herz und trotz seiner bitteren Erfahrungen, trotz schwerer körperlicher Leiden war er bereit, nach Brasilien zurückzukehren, falls er dadurch dem Lande den inneren Frieden wiedergeben könne. Der Umsturz der Monarchie in Brasilien beweist auch nichts gegen die Verehrung, die Kaiser Dom Pedro bei dem brasilianischen Volke genoss; gegen den Kaiser Dom Pedro persönlich war die Revolution nicht gerichtet, sie wurde durch politische Ursachen hervorgerufen, die mit der Persönlichkeit des Monarchen nichts zu thun hatten.

Dom Pedro de Alcantara, der Sohn des Königs Pedro I., war am 2. Dezember 1825 in Rio de Janeiro geboren und bestieg nach der Abdankung seines Vaters am 7. April 1831 den Thron; er regierte erst unter Vormundschaft, seit dem 23. Juli 1840 selbständig. Im Jahre 1843 vermählte er sich mit der Prinzessin Theresia von Bourbon. Die Gesetze Brasiliens verzeichnet seine Regierung als eine streng constitutionelle. Während der Jahre 1865 bis 1870 führte er den siegreichen Krieg gegen Paraguay. Seitdem unternahm er wiederholte Reisen nach Nordamerika und nach Europa, die ihn betriebl. auch öfters nach Baden-Baden geführt haben. Am 15. November 1889 beraubte ihn die Revolution seines Thrones und wenige Wochen später, am 28. Dezember, starb ihm seine Gemahlin, mit der er 46 Jahre verbunden gewesen war. Der Kaiser hinterläßt eine Tochter, die Prinzessin Jiabella (geb. 29. Juli 1846), welche mit dem Prinzen Gaston von Orleans-Bourbon, dem Grafen von Eu, vermählt ist.

In Wien haben die Delegationen ihre Arbeit vollendet und man darf sagen, daß diese Arbeit eine fruchtbare auf allen Gebieten gewesen ist, welche die Thätigkeit der Delegationen umfaßte. Einmütig waren die Mitglieder der Delegationen in dem patriotischen Streben, die Interessen der österreichisch-ungarischen Gesamtmonarchie zu wahren, die Kraft und das Ansehen des Staates zu stärken, indem sie dem Reiche die Mittel zur Festigung und Weiterentwicklung seiner Wehrkraft gewährten. Einmütig waren auch sie in der Zustimmung

zu den Grundsätzen, auf denen seit Jahren Oesterreichs auswärtige Politik beruht. Klar hat der Minister des Aeußern die Richtung jener Politik dargelegt, eine Richtung, welche der Bevölkerung Oesterreich-Ungarns die Hoffnung auf fernere Erhaltung des Friedens gibt und die gewissenhafte Verwerthung der dem Reiche gesicherten Machtmittel im Dienste des Weltfriedens verbürgt. Mit Genugthuung betonen österreichische und ungarische Blätter, daß in der Beurtheilung dieser in ersten Krisen erprobten Politik alle Parteien der Delegationen heider Reichshälften eines Sinnes waren, und das bedeutet nicht wenig in einem Reiche, das einen gewaltigen Ueberfluß an politischen Gesinnungsarten kennt. Wohl gab es bei der Berathung des Heeresbudgets speziell in der ungarischen Delegation manchen Punkt, welcher der militärischen Debatte eine grell-politische Färbung gab; gewisse Bestrebungen, denen im Rahmen des staatsrechtlichen Verhältnisses und der Heeresverfassung Oesterreich-Ungarns ihre natürliche Begrenzung werden muß, äußern sich immer wieder und fordern die in jeder Beziehung entgegenkommende Heeresleitung zu einer pflichtmäßigen Betonung ihres Standpunktes auf. In rein sachlicher Hinsicht aber, in den eigentlichen großen Militärfragen gab es gegensätzliche Auffassungen in dem parlamentarischen Verkehr zwischen Heeresleitung und Delegation nicht. Die Kriegsverwaltung hat sich durch die Rücksicht auf die Staatsfinanzen zu einer ersten Selbstbeschränkung in ihren Ansprüchen herbeigelassen; sie hat nur das Allernothwendigste gefordert, welches absolut nicht preisgegeben werden darf, wenn die Wehrfähigkeit des Reiches, die Schlagfertigkeit des Heeres nicht Schaden leiden soll. Das wurde in beiden Delegationen anerkannt und die nicht aufschiebbarer Forderungen sind bereitwillig genehmigt worden. Die Vertreter der gemeinsamen Regierung — Graf Kalnoky in der österreichischen und Herr v. Callay in der ungarischen Delegation — haben daher in den Schlussitzungen mit vollem Rechte den patriotischen Geist und die Opferwilligkeit hervorheben können, welche die Delegationen auch diesmal bei der Erledigung ihrer Aufgaben an den Tag gelegt haben.

Deutschland.

* Berlin, 4. Dez. Heute Früh um 8 Uhr hat sich Seine Majestät der Kaiser nach der Götterbegeben. Die von Berlin aus geladenen Gäste, wie Seine Königl. Hoheit der Prinz Heinrich, der Herzog Ernst Günther zu Schleswig-Holstein, der Prinz Albert von Sachsen-Altenburg u. A. hatten sich Seiner Majestät dem Kaiser auf der Station Charlottenburg angeschlossen, Seine Königl. Hoheit der Prinz Friedrich Leopold bereits auf der Station Wilhelmspark. Morgen Abend gedenkt Seine Majestät der Kaiser die Rückreise anzutreten.

Das Wolffsche Telegraphenbureau verbreitet folgendes Telegramm aus Hamburg: „Gegenüber den Meldungen einiger Petersburger Blätter, sowie der „Allgemeinen Reichs-Korrespondenz“ bezüglich der Auflegung einer neuen russischen Anleihe in Deutschland wird dem „Hamburgischen Korrespondenten“ von authentischer Seite aus Berlin geschrieben, die seit Jahren andauernden Verfolgungen aller Deutschen in Russland seien in Berlin zu tief eingegraben und einige freundliche Worte eines russischen Blattes und einer russischen Korrespondenz bedeuteten nicht den Ausdruck der öffentlichen Meinung und der Ansichten der maßgebenden Kreise in Deutschland. Der „Graßbanin“ habe Recht, daß er diese Absichten als ein Fiasco bezeichne. Die deutschen Kapitalisten zeigten keinerlei Neigung, auf den russischen Lockruf hin ihre Börsen zu öffnen.“ Es handelt sich, wie die „Nat.-Ztg.“ hervorhebt, wohl um Meldungen, wonach angeblich Obligationen russischer Eisenbahnen in Deutschland zur Zeichnung aufgelegt werden sollten.

In der Presse finden Erörterungen über die geschäftliche Behandlung der Handelsverträge statt. Bei einem großen Theil der Abgeordneten ist Neigung vorhanden, die Berathung der Handelsverträge im Hause selbst vorzunehmen, also von einer Verweisung an eine Kommission abzusehen. Die „Kreuzzeitung“ hofft, daß ihre Parteigenossen sich der Ausführung dieses Planes widersetzen und dabei von Seiten des Centrums und der Nationalliberalen Unterstützung finden werden. Die „Allg. Zeitung“ spricht sich indessen im Einklang mit mehreren anderen angesehenen nationalliberalen Blättern gegen eine Kommissionsberathung aus, weil sie eine solche für zwecklos hält. Sie sagt: „Kommissionsberathungen empfehlen sich, wenn es darauf ankommt, eine Vorlage im einzelnen zurechtzustutzen, hier etwas auszumergen, dort eine Bestimmung einzufügen. Der Reichstag hat zu der Vorlage der Handelsverträge aber nur dadurch Stellung zu

nehmen, daß er sie annimmt oder sie verwirft. Eine Aenderung einzelner Bestimmungen der Verträge kann er nicht bewirken. Es ist nicht abzusehen, wer überhaupt ein Interesse daran haben kann, daß die Verantwortlichkeit für die Folgen der Annahme oder Ablehnung vor den Wählern durch mehr oder weniger geheime Kommissionsverhandlungen verdeckt und verschleiert wird. Eine Kommissionsverhandlung erscheint uns nur dann geboten, wenn die verbündeten Regierungen im Interesse der Annahme der Vorlagen sich veranlaßt sehen sollten, wichtige Beweggründe auswärtiger Politik vorzubringen, deren öffentliche Geltendmachung im Hause selbst unmöglich wäre. Uns ist von einer solchen Absicht der Regierungen nichts bekannt. Wir möchten auch zweifeln, daß sie vorhanden ist. Die Handelsverträge bezwecken nur, die wirtschaftliche Lage der vertragschließenden Staaten zu bessern und festzulegen. Die Erörterungen hierüber aber sollten unseres Erachtens die Öffentlichkeit nicht zu scheuen haben. Im Gegentheil, glauben wir, ist thunlichste Öffentlichkeit der Berathungen um so mehr Pflicht der Abgeordneten, auf daß sie in späteren Zeiten um so unzweifelhaftere Rechenschaft über ihr Verhalten vor ihren Wählern abzulegen vermögen. Die Handelsverträge werden zudem in eine sehr große Anzahl von Industriezweigen durch Aenderungen der Zollsätze eingreifen. Alle diese Industrien haben ein sehr wichtiges Interesse daran, recht bald zu wissen, wie sich diese Sätze endgiltig am 1. Februar gestalten werden. Je früher also die Berathungen zum Beschlusse gelangen, um so rascher können diese Industrien sich auf die bevorstehenden neuen Zollverhältnisse einrichten. Wir glauben schon aus diesem Grunde den Wunsch für gerechtfertigt, daß der Reichstag noch vor den Weihnachtsferien die Vorlage durch endgiltige Beschlußfassung, durch Zustimmung oder Verwerfung, in dritter Lesung erledigen möge.“ Die „Nationalzeitung“ bemerkt ihrerseits zu der Angelegenheit: „Ob eine Kommissionsberathung erforderlich erscheint, das wird wesentlich von der größeren oder geringeren Zahl der Einzelbestimmungen der Verträge abhängen. Im Allgemeinen ist es parlamentarische Sitte, wenn von einem größeren Theil des Hauses Kommissionsberathung gewünscht wird, diese nicht zu verweigern. Vermuthlich wird darnach auch hier verfahren werden, schon um keinen Vorwand für die Behauptung zu liefern, daß die Angelegenheit im Reichstag überstürzt worden sei. Aber man wird hoffentlich auch keine zwecklose Verschleppung zulassen, die unnötige Ungewißheit für Handel und Industrie zur Folge hätte. Für das endgiltige Schicksal der Verträge ist es durchaus gleichgiltig, ob sie in eine Kommission verwiesen werden oder nicht.“

Die Subjektkommission des Reichstags hat, wie schon erwähnt, mit 13 gegen 8 Stimmen die Forderung zur wissenschaftlichen Erforschung und Aufdeckung des römischen Grenzwalls abgelehnt, d. h. für dieses Jahr zurückgestellt. Es handelt sich um 40 000 M. für das nächste Etatsjahr, im Ganzen 200 000 M. Da diese Summe eine bescheidene Stellung im Reichshaushalte einnimmt und die wissenschaftliche Frage, um deren Lösung es sich handelt, von hervorragender Bedeutung ist, so treten einige Blätter mit Wärme dafür ein, daß der Reichstag den Bescheid seiner Kommission aufheben und die geforderte Summe doch bewilligen wird. Man erinnert dabei an die Schlussworte aus der dem Reichstag vorgelegten Denkschrift:

„Der Rimes ist das älteste große historische Bauwerk, das Deutschland besitzt, seine Aufklärung ebenso folgenreich für die Geschichte des Römerreichs, als nicht bloß an seiner germanischen Grenze sich nach diesem System geschügt hat, wie für die Urgeschichte unseres Vaterlandes. Das geeinigte Deutschland wird jetzt nachzuholen haben, was bei der Ungunst früherer Zeiten unterblieben ist. Es darf aber nicht vergessen werden, daß von den noch erhaltenen Zeugen dieser ferneren Vergangenheit jeder Tag weiteres abbröckelt; was geschehen soll, muß bald geschehen.“

Bemerkenswerth erscheint der Ausfall der Wahlen zum Generalsynodalvorstand in der gestrigen Schlußsitzung der Generalsynode. Als Erster Vorsitzender wurde nicht der Vorsitzende der Generalsynode, Fürst Stolberg-Bernigerode, der nur 71 Stimmen erhielt, sondern Herr v. Kleist-Regow mit 97 Stimmen gewählt. Bei der Wahl der Beisitzer des Generalsynodalvorstandes unterlag der frühere Postprediger Stöcker, auf den nur 72 Stimmen fielen und damit nicht die genügende Zahl zur Mehrheit. Am Schluß der gestrigen Sitzung stattete Herr v. Kleist-Regow als ältestes Mitglied der Generalsynode dem Fürsten Stolberg besonderen herzlichen Dank für die treffliche Leitung der Verhandlungen ab.

Mez, 4. Dez. Die gestern gemeldete Auflösung des Orchestervereins Cercle choral des amis ist erfolgt, weil die Mitglieder des Vereins sich an der französischen Gedächtnisfeier bei Mars-la-Tour beteiligten und auch andere

deutschfeindliche Bestrebungen wahrnehmen ließen. Man schreibt dem „Schwäbischen Merkur“ aus Metz:

Der Cercle choral des amis hat die deutschfeindliche Gesinnung seiner Mitglieder schon seit Jahren bezeugt. Auf den Nationalfesten in Nancy versuchte er nicht, eine zwar bescheidene, aber immerhin eine Rolle zu spielen, und was seine Musik zu wünschen übrig ließ, das wählte er durch französischfreundliche Dichtung zu ersetzen. Es würde aber wohl nicht zu einer Auflösung gekommen sein, wenn er nicht durch zwei Thatfachen aus der letzten Zeit sein Schicksal herausgefordert hätte. Bei der Denkfeier in Mars-la-Tour im August dieses Jahres waren zahlreiche Mitglieder dieses Vereins zugegen, spielten auf und weit-eiferten mit den Franzosen im Vive la Franco-Schreien. Dann stellte sich bei der jüngsten Refruteneinweihung heraus, daß vier Mitglieder des Vereins sich der Dienstpflicht entzogen hatten, unerkennbar infolge der deutschfeindlichen Umtriebe, welche in dem Verein lebhafter gepflegt wurden, als die Musik. Die Auflösung wird nicht verfehlen, auf den einen oder andern Verein der Einheimischen, der gleiche Verschuldung auf dem Kerbholze hat, abwälzend zu wirken.

Italien.

Rom, 4. Dez. Heute war der zweite Tag der kirchenpolitischen Debatte in der italienischen Deputirtenkammer. Die heutige Sitzung brachte die Antwort des Ministerpräsidenten Rudini auf die in Berathung stehenden Interpellationen. Vor dem Marquis Rudini sprachen jedoch noch mehrere Abgeordnete. Der Deputirte Rossi fragte unter Bezugnahme auf die Ereignisse während der letzten Pilgerfahrten nach Rom, ob und wie die Regierung die Ursachen jener aufwieglerischen Politik zu beseitigen gedenke, welche den Katholizismus dazu mißbraucht, um gegen die Sicherheit und Einigkeit des Staates zu hetzen. Rossi's Rede schloß mit dem Verlangen nach der Aufhebung des Garantiegesetzes. Abgeordneter Verrio erklärte, Italien habe stets die Freiheit des Papstes und der Kirche geachtet. Dann sprach Barazzoli von der Rechte. Er billigte den Ausbruch des italienischen Nationalgefühls anlässlich der Vorgänge im Pantheon, bedauerte aber, daß diese Vorgänge von den Gegnern des Garantiegesetzes benutzt worden sind, um eine neue Agitation auf Beseitigung des Garantiegesetzes einzuleiten. Er fragte den Ministerpräsidenten, ob dieser geneigt sei, die gegenwärtige Kirchenpolitik der Regierung fortzusetzen, an der ausschließlichen Regelung der Beziehungen Italiens und des Papstthums mittelst der italienischen Gesetzgebung festzuhalten und den Artikel 18 des Garantiegesetzes fortwährend anzuwenden. In diesem Falle werde er für die Regierung und deren Politik stimmen. Darauf erhob sich der Marquis di Rudini. Er erklärte, er begreife nicht, wie man im italienischen Parlament die Frage der weltlichen Herrschaft des Papstes aufwerfen könne, da diese Frage längst tot, ja begraben sei. Der Minister zeigte sodann aus der diplomatischen Geschichte, daß die Haltung Oesterreich-Ungarns in der Frage des Papstthums stets eine für Italien aufrichtig freundschaftliche gewesen sei. Die österreichische Regierung habe zuerst auf die Bedeutung des Garantiegesetzes hingewiesen. Was die viel-erörterte Aeußerung des Grafen Kalnoy in der österreichischen Delegation betrifft, so hob der Minister hervor, daß es nicht in der Absicht des Grafen Kalnoy gelegen hat, sich mit der römischen Frage zu beschäftigen oder die patriotischen Gefühle Italiens zu verletzen. Uebrigens stehe fest, daß, wenn die Einheit Italiens je bedroht würde, Oesterreich-Ungarns Armee auf unserer Seite stehen würde. Die Regierung werde an ihrer bisherigen beharrlich verfolgten Kirchenpolitik festhalten. Rudini's Erklärung wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Auch in der Presse findet sie eine überwiegend günstige Aufnahme. Die Entschiedenheit, mit welcher der Minister betonte, daß die weltliche Herrschaft des Papstes eine für Italien abgethane Frage sei, wird auch von der Linken mit Zustimmung aufgenommen, während die bestimmte Stellungnahme des Ministers gegen eine Aufhebung des Garantiegesetzes natürlich bei den Radikalen Unzufriedenheit erregt. In jedem Falle ist der unangenehme Eindruck, den die falsch ausgelegten Worte des Grafen Kalnoy in einem Theil der italienischen Bevölkerung hervorgerufen hatten, durch die heutigen Erklärungen des Marquis Rudini vollständig verwischt worden.

Frankreich.

Paris, 4. Dez. Die Protestkundgebungen französischer Bischöfe gegen das Verhalten des Justizministers Fallières und die Zustimmungserklärungen an den Erzbischof von Aix dauern noch immer fort. Die Bischöfe von Annecy, Montpellier, Cahors, Ramiers und Sees haben an den Erzbischof von Aix anlässlich seiner Verurtheilung Glückwunschkbriefe gerichtet. Der Bischof von Sees hat sich außerdem an den Kultusminister gewandt und schreibt ihm: „Ich habe die Ehre, Ihnen anzuzeigen, Herr Minister, daß ich vollständig, unbedingt und ohne Vorbehalt der so würdigen, so apostolischen und echt französischen Erklärung des hochw. Erzbischofs von Aix beitrete. Möge diese Verurtheilung endlich die französischen Katholiken erleuchten, ihren Muth wieder aufrichten, ihren Glauben wieder ansprechen und sie zur Vertheidigung desselben mit unbezähmbarem Eifer erfüllen.“ In der republikanischen Presse werden diese Kundgebungen lebhaft erörtert und als eine absichtliche Verschärfung des bestehenden Zwiespals zwischen Regierung und Klerus betrachtet. Ueber die Absichten der Regierung werden widersprechende Nachrichten verbreitet. In den Kreisen republikanischer Abgeordneter verlautet, die Regierung beabsichtigt angesichts der fortgesetzten feindlichen Haltung zahlreicher Bischöfe den Anträgen, die eine allmähliche Trennung der Kirche vom Staate vorbereiten sollen, nicht mehr entgegenzutreten. Hierzu gehören die Gesetze betreffs der geistlichen Associationen, der Güter todter Hand, der Kultuspolizei und der Antrag Labrousse, wonach alle nach Abschluß des Kon-

forbats geschaffenen Bischofsstühle aufzuheben seien. Andererseits wird aber auch berichtet, die Regierung werde sich anlässlich der Interpellation Hubbard mit entschiedenen Erklärungen begnügen, ohne eine Aenderung ihrer Haltung anzukündigen, da sonst durch das Ausleben des religiösen Streites im Innern unwillkommene Weiterungen mit dem Vatikan zu befürchten seien. Die Berathung der Interpellation Hubbard ist, wie gestern gemeldet, auf den 11. Dezember anberaumt worden. Die nächste Woche wird daher volle Klarheit über die Absichten der Regierung bringen.

Großbritannien.

London, 4. Dez. Einer Meldung des Reuterschen Bureaus aus Kapstadt zufolge hat der König Lobengula mit den Vertretern der englischen südafrikanischen Gesellschaft einen Vertrag abgeschlossen, in welchem er der Gesellschaft das Recht der Niederlassung in seinem Lande gewährt und bezüglich der Verwaltung und kulturellen Entwicklung desselben außerordentliche Rechte verleiht. Das hier in Frage stehende Barotseland liegt zwischen dem oberen Zambezi und dem Kongofaak. Eines neuen Erfolges bedürftige die englische südafrikanische Gesellschaft übrigens sehr stark, denn immer mehr stellt sich heraus, daß der Theil des Maschonalandes, welchen sie Portugal abgetrotzt hat, keineswegs das Eldorado ist, als welches es von der Gesellschaft hingestellt wurde.

Badischer Landtag.

Karlsruhe, 4. Dez. 9. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. (Schluß aus der heutigen Beilage.) Der Präsident gibt einen Antrag der Abgg. Friedrich, Fießer, Hoffmann bekannt, wonach auch der jetzt zur Berathung stehende Antrag einer Kommission zu überweisen sei.

Staatsrath Eisenlohr: Es habe allerdings das Feuer-versicherungs-gesetz Unzulänglichkeiten und Härten in der angegebenen Richtung gebracht. Allein der vorliegende Antrag in der jetzigen Fassung werde nur zu einer Verschärfung derselben führen. Das Feuerversicherungs-gesetz habe eine Eintheilung der Versicherungsobjekte nach der Größe der ihnen drohenden Feuergefahr und eine Abstufung des Versicherungsbeitrags danach unterlassen. Feuergefährliche Objekte, wie insbesondere gewerbliche Anlagen, würden mit durchaus sicheren gleichbehandelt. Da nun die Privatgesellschaften ihrerseits die Größe der Gefahr in erhebliche Rücksicht zögen und insbesondere Industrieabstufungen mit großer Feuergefährlichkeit, wenn überhaupt, so nur gegen sehr bedeutende Prämien zur Versicherung zuließen, so bedeute eine Annahme des Antrags in seiner jetzigen Form nicht nur eine Verächtlichung der strobbedeckten Bauernhäuser des Schwarzwaldes, sondern auch eine Begünstigung sehr zahlungsfähiger Versicherungspflichtigen auf Kosten der übrigen. Eine Abänderung des Gesetzes sei nur unter gleichzeitiger Revision auch dieser seiner Grundlage möglich und erfordere daher größte Aufmerksamkeit und Sorgfalt.

Abg. Friedrich: Die Tragweite des Antrags und sein vom Vordränger hervorgehobener Zusammenhang mit anderweitigen, gleichfalls reviditionsbedürftigen Grundgedanken des Gesetzes mache eine genaue Prüfung durch eine besondere Kommission nothwendig.

Der Antrag von Uol u. Gen. wird hierauf einstimmig einer Kommission überwiesen. Der Präsident fordert die Abtheilungen auf, bis zur nächsten Sitzung die Bildung der Kommissionen vorzunehmen, gibt bekannt, daß die Petitionskommission eine Verstärkung um ein Mitglied wünsche und hierfür den Abg. Wittmer in Vorschlag bringe, wogegen ein Einwand nicht erhoben wird, und schließt sodann nach Anberaumung der nächsten Sitzung und Feststellung der Tagesordnung für dieselbe die Sitzung um 11¹/₂ Uhr.

Karlsruhe, 5. Dez. 10. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer unter dem Vorsitz des Präsidenten Geh. Rath Lamey.

Am Regierungstische: Ministerialdirektor Seubert, später Staatsrath Eisenlohr und die Ministerialräthe Becher und Bader.

Nach Eröffnung der Sitzung um 9¹/₂ Uhr verliest das Sekretariat folgende neu eingekommene Petition: Bitte des Vereins badischer Reallehrer, die Abänderung einiger Ausführungsbestimmungen zum Beamten-gesetz betr.

Die Petition soll der für die auf Abänderung des Beamten-gesetzes gerichteten Anträge und Bittgesuche noch zu bestellenden Kommission überwiesen werden.

Nach Mittheilung des Präsidenten hat Abg. Greiff sein Ausbleiben in heutiger Sitzung entschuldigt.

Das Haus setzt hierauf die Berathung der Berichte der Budgetkommission über die Rechnungsnachweisungen der Jahre 1888 und 1889 fort.

Es erstatten Bericht zunächst über die Nachweisungen des Ministeriums der Finanzen:

Abg. Krieche bezüglich des Ausgabebetitels V Domänenverwaltung, XI Schuldentilgung, XII Pensionen und des Einnahmebetitels I Domänenverwaltung;

Abg. Weber über Ausgabebetitel X: Allgemeine Kassenverwaltung, sowie über die Rechnungsnachweisung der Oberrechnungskammer;

Abg. Wildens über die Rechnungsnachweisungen der Eisenbahnbetriebsverwaltung, der Eisenbahnwerkstättenverwaltung, der Eisenbahnmagazins (Betriebsmaterialien-) Verwaltung, der Bodenseedampfschiffahrts-Verwaltung und über den Anteil Badens am Reinertrag der Main-Neckar-Eisenbahn, einschließlich deren Betriebsverwaltung; Abg. v. Stockhorner über die Rechnungsnachweisungen der Babanfalltenverwaltung.

Sämmtliche Titel werden, da sie weder der Kommission noch dem Hause Veranlassung zu Beanstandungen oder

Bemerkungen geben, ohne Diskussion den Kommissionsanträgen entsprechend für unbeanstandet erklärt.

Das Haus tritt sodann in die Berathung des Berichts der Budgetkommission über die seit dem Schluß des letzten Landtags der Großh. Staatsverwaltung im Administrativweg verwilligten Kredite ein; es sind dies folgende:

1. für Instandsetzung und theilweise Erneuerung des Obereinnehmergebäudes in Raßatt 15 400 M.;
2. für Wiederherstellung der abgebrannten Lagerhalle auf dem Centralgüterbahnhof in Mannheim und für Ausführung von Bahnsteighallen im Hauptbahnhof in Heidelberg und damit zusammenhängenden Arbeiten 132 600 M.;
3. für Erweiterung der Kohlenlagerplätze im Bahnhof Mannheim 184 200 M.;
4. für Ankauf der Petroleumkellernanlagen der Mannheimer Lagerhausgesellschaft in Mannheim 125 000 M.;
5. für Erbauung eines Dienst- und Wohngebäudes auf Station Friedrichsfeld 46 000 M.;
6. für Erweiterung des Güterbahnhofs der Main-Neckar-Eisenbahn in Heidelberg 250 000 M.

Der Berichterstatter Abg. Hoffmann stellt namens der Budgetkommission den Antrag, das Haus wolle den genannten Administrativkrediten seine nachträgliche Genehmigung ertheilen, und verweist bezüglich der Begründung dieses Antrags auf den bereits durch Druck vervielfältigten und vertheilten Kommissionsbericht.

Ohne in eine Diskussion einzutreten, nimmt das Haus den Antrag der Budgetkommission einstimmig an.

Den letzten Gegenstand der Tagesordnung bildet die Berathung des Gesetzentwurfs die Vereinigung der Gemeinde Neidelsbach mit der Gemeinde Eubigheim betr. Derselbe lautet:

§ 1. Die Gemeinde Neidelsbach wird am aufgelöst und als Nebenort mit eigener Gemarkung der Gemeinde Eubigheim zugetheilt.

§ 2. Bis zur nächsten regelmäßigen Erneuerungswahl des Gemeinderaths von Eubigheim tritt zu diesem der zur Zeit der Auflösung der Gemeinde im Amt befindliche Bürgermeister von Neidelsbach als weiteres Mitglied hinzu.

§ 3. In gemeinde- und armenrechtlicher Beziehung kommt dem seitherigen Aufenthalt in Neidelsbach dieselbe Wirkung zu, wie jenem in Eubigheim.

§ 4. Das Ministerium des Innern ist mit dem Vollzug des Gesetzes beauftragt.

Als Berichterstatter bemerkt Abg. Wildens zu diesem Gesetzentwurfe, daß der Frage der Vereinigung der beiden nur 1,7 km von einander entfernten Gemeinden des Amtsbezirks Tauberbischofsheim schon wiederholt, zuerst im Jahre 1856 näher getreten worden sei, indem damals die Gemeinde Neidelsbach nur zwei Bürger mit Grundbesitz besessen habe und der größte Theil ihrer Gemarkung im Eigenthum der fürstlichen Standesherrschaft Hohenlohe-Bartenstein gewesen sei. Die Vereinigung sei bisher nur infolge des Widerspruches der Bewohner von Eubigheim unterblieben. Die heutigen Verhältnisse in der Gemeinde Neidelsbach ließen jedoch die geplante Vereinigung als unvermeidlich erscheinen. Eine Gemeinde mit drei ortsanwesenden Bürgern, deren Gemarkung zu $\frac{1}{7}$ jener Standesherrschaft gehöre, welche letztere nahezu sämtliche Gemeindeumlagen trage, habe keine Existenzberechtigung mehr; angesichts der immer wachsenden Aufgaben, welche auf allen Gebieten an das Gemeinleben gestellt werden, widerstreite es dem Staatsinteresse, ein solches Zwergebilde das Scheinbild einer selbständigen Gemeinde fortführen zu lassen. Durch die allein zweckmäßige Zuthellung von Neidelsbach an die Gemeinde Eubigheim als Nebenort, wodurch dieses eine zusammengesezte Gemeinde nach § 161 ff. der Gemeindeordnung werde, würde den Interessen der beiden Gemeinden, welche sich gegen ihre Vereinigung ausgesprochen hätten, in der schonendsten Weise Rechnung getragen, da der Gemeinde Neidelsbach ihre eigene Gemarkung, ihr selbständiges Verwaltungsrecht und ihr eigenes Vermögen und dessen Nutzung gewahrt bleibe. Ihr Widerspruch sei um so ungerechtfertigter, als sich zufolge einer der Regierungsbegründung beigegebenen Berechnung künftig die Umlagen für Eubigheim voraussichtlich um 0,4 Pf. und für Neidelsbach um 4,3 Pf. ermäßigen würden.

Als Einführungsstermin für die Vereinigung schlägt er im Einverständniß mit der Großh. Regierung den 1. Januar 1892 vor. Sein Antrag gehe daher dahin:

Hohe Zweite Kammer wolle vorliegendem Gesetzentwurf mit der Maßgabe zustimmen, daß § 1 wie folgt gefaßt wird:

„Die Gemeinde Neidelsbach wird am 1. Januar 1892 aufgelöst und als Nebenort mit eigener Gemarkung der Gemeinde Eubigheim zugetheilt.“

Nachdem weder zu dem Entwurf im Allgemeinen noch zu den einzelnen Paragraphen das Wort ergriffen worden ist, wird der Gesetzentwurf nach dem Antrag des Berichterstatters in erster Lesung einstimmig angenommen.

Der Präsident gibt hierauf Zeit und Tagesordnung der nächsten Sitzung (Mittwoch, den 9. ds. Mts., Vormittags 10 Uhr) bekannt und schließt die Sitzung um 10¹/₂ Uhr Vormittags.

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 5. Dezember.

Telegraphenverkehr mit Oesterreich-Ungarn.) Wie seiner Zeit gemeldet, wurde bei Gelegenheit des Wiener Volkongresses auch ein Abkommen geschlossen, gemäß dessen die bisherige Verschiedenheit der Telegraphentaxen im Verkehr Deutsch-

lands mit Oesterreich-Ungarn befreit und der einheitliche Tarif von 5 Pf. für das Wort, mit einer Mindestgebühr von 50 Pf. für das Telegramm vom 1. Januar 1892 ab eingeführt wird.

Schm. (Mittheilungen aus der Stadtratssitzung) von gestern. Die Generaldirektion der Groß. Staatsbahnen theilt die Abrechnung über den Betrieb der städtischen Bahn Karlsruhe-Maxau im Jahr 1890 mit.

* Berlin, 4. Dez. (Der Rektor der Berliner Universität), Professor Dr. Karl Ludwig Michelet, vollendet heute in geistiger und körperlicher Frische sein 90. Lebensjahr.

* Berlin, 4. Dez. (Das elektrische Licht) beginnt allmählich auch für Zwecke der Seebelichtung Verwendung zu finden.

* Berlin, 4. Dez. (Die Notizen der Berliner Universität) Professor Dr. Karl Ludwig Michelet, vollendet heute in geistiger und körperlicher Frische sein 90. Lebensjahr.

* Baden, 4. Dez. (Aus Anlaß des Geburtstages Ihrer Königlichen Hoheit der Großherzogin) war gestern die Stadt festlich besetzt.

* Berlin, 4. Dez. Die Freisinnigen brachten im Reichstag Resolutionen zur zweiten Beratung des Reichshaushaltsetats ein.

Verstchiedenes.

* Berlin, 4. Dez. (Der Rektor der Berliner Universität), Professor Dr. Karl Ludwig Michelet, vollendet heute in geistiger und körperlicher Frische sein 90. Lebensjahr.

* Berlin, 4. Dez. (Das elektrische Licht) beginnt allmählich auch für Zwecke der Seebelichtung Verwendung zu finden.

* Berlin, 4. Dez. (Die Notizen der Berliner Universität) Professor Dr. Karl Ludwig Michelet, vollendet heute in geistiger und körperlicher Frische sein 90. Lebensjahr.

* Berlin, 4. Dez. (Die Notizen der Berliner Universität) Professor Dr. Karl Ludwig Michelet, vollendet heute in geistiger und körperlicher Frische sein 90. Lebensjahr.

* Berlin, 4. Dez. (Die Notizen der Berliner Universität) Professor Dr. Karl Ludwig Michelet, vollendet heute in geistiger und körperlicher Frische sein 90. Lebensjahr.

Neueste Telegramme.

Berlin, 5. Dez. Im Reichstage wurde heute die Immunitätsvorlage beraten (nach welcher die Unverletzlichkeit der Reichstagsabgeordneten ausdrücklich auf solche Verletzungen beschränkt wird).

Berlin, 5. Dez. Die Freisinnigen brachten im Reichstag Resolutionen zur zweiten Beratung des Reichshaushaltsetats ein.

Rom, 5. Dez. Aus der gestrigen Kammerrede des Premierministers Marquis v. Rudini (s. den Bericht unter „Italien“) wird noch Folgendes hervorgehoben.

bänken würden sich keine Welsen, sondern nur Liberale und Ghibellinen finden.

Rom, 5. Dez. Die Kammermehrheit hielt eine von etwa 190 Deputirten besuchte Versammlung ab.

Paris, 5. Dez. Ueber die letzten Augenblicke des Kaisers von Brasilien wird berichtet, daß der Kaiser bis kurz vor seinem Tode bei Bewußtsein war und fast ohne Todeskampf starb.

Paris, 5. Dez. Einem Telegramm aus Schanghai zufolge eroberten die kaiserlichen Truppen das von den Rebellen besetzte Chongking wieder.

London, 5. Dez. Den „Daily News“ zufolge hätten infolge der Wirkungen der Mac Kinley-Bill die Folgeernten der Vereinigten Staaten seit dem 1. Juli d. J. um 36 Millionen abgenommen.

London, 5. Dez. Die „Times“ lassen sich aus Sanftbar melden, die deutsch-englische Kommission zur genauen Festsetzung der Grenze werde sich demnächst in das Innere begeben.

Großherzogliches Hoftheater.

Sonntag, 6. Dez. Vorst. außer Ab. Zum Gedächtniß Mozarts: „Don Juan“, große Oper in 2 Aufzügen.

Familiennachrichten.

Geburten. 28. Nov. Wilhelm Emil Alexander, B.: Emil Kaiser, Kaufmann. — 29. Nov. Rodus Herthold, B.: Kaspar Bohner, Diener.

Todesfälle. 3. Dez. Karl Wilhelm Keller, Bw., Privatier, 74 J. — 4. Dez. Rosine Säuner, led., Privatier, 44 J. — Wilhelm, 1 J. 11 M.

Witterungsbeobachtungen der Meteorol. Station Karlsruhe. Dezember 4 Nachts 9 11 760.2 +12.0 8.8 85 SW bedeckt

Wasserstand des Rheins. Wagan, 5. Dez., Mrgs., 3.52 m, gefallen 6 cm.

Uebersicht der Witterung vom 5. Dezember. Die Luftdruckvertheilung ist im Wesentlichen die gleiche wie am Vortage.

Frankfurter telegraphische Kursberichte vom 5. Dezember 1891.

Table with multiple columns: Staatspapiere, Dresdener Bank, Wechsel, etc. Includes various financial data points and exchange rates.

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Gärder in Karlsruhe.

Kunstgewerbliches Magazin von F. Mayer & Co. Hoflieferanten, Karlsruhe, Rondelplatz. Größtes Lager von Luxus- und Gebrauchsartikeln.

Gebr. Leichtlin,
Papier-, Schreib-, Zeichen-Materialien- u. Kunsthandlung,
Zähringerstrasse 69, Karlsruhe,
beehren sich hiermit, die Eröffnung ihrer auf's Reichhaltigste ausgestatteten
Weihnachts-Ausstellung
anzukündigen und zu deren Besuch höflichst einzuladen.
Dieselbe bietet eine grosse Auswahl der verschiedensten Neuheiten in
Brief- & Luxus-Papieren, Kunst-Gegenständen,
feinen Leder-, Holz-, Bronze-, Lack- u. Crystall-Waaren,
Ostindischen-, China- und Japan-Artikeln.
Während der Weihnachtszeit sind die Geschäftslokale auch an
den Sonntagen geöffnet. P. 882.2.

P. 899. Nr. 6174. Karlsruhe.
Die Tilgung des 4% Bad. Eisenbahnlehens
von 1880 zu 87 1/2 Millionen Mark betr.
Von den Schuldverschreibungen obengenannter Eisenbahn-Anlebens sind
plannässig auf 1. Juli 1892 je 121 Stück zu 3000, 2000, 1000, 500, 300 und
200 Reichsmark im Gesamtbetrag von 847,000 Reichsmark zu tilgen.
Die Auslösung dieser Schuldverschreibungen wird
Mittwoch den 9. d. Mis., Vormittags 10 Uhr,
im Geschäftszimmer Nr. 15 der Eisenbahnschuldentilgungskasse öffentlich vor-
genommen werden.
Karlsruhe, den 15. Dezember 1891.
Großh. Bad. Eisenbahnschuldentilgungskasse.
Seim.

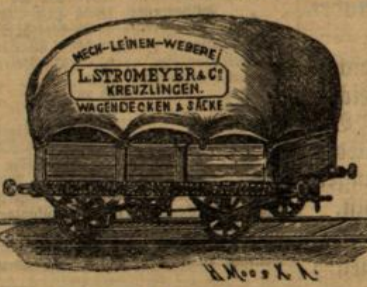
Friedrich Blos, Grossh. Hoflieferant,
F. Wolf & Sohn's Détail,
Kaiserstrasse 104,
Ecke der Herrenstrasse,
KARLSRUHE,
empfiehlt sein
GROSSES LAGER
von **Leder- und Holz-Galanterie-Waaren,**
Bronzen, Majoliken, Fächer jeder Art,
Trauer- und Fantasie-Schmuck,
Parfümerien, Seifen- und Toilette-Artikel.
Fortwährend Eingang von Neuheiten. D. 789.7.

Blutwein
vom Vesuv, ärztlich empfohle-
nes bestes Stärkungsmittel bei
Bleichsucht und Diarrhoen,
à M. 1.10 per Flasche bei
Max Homburger,
Karlsruhe,
P. 146.5.
30 Kronenstrasse u. Kaiserstrasse 124 a,
sowie bei folgenden Firmen:
J. M. Bauer, Conditorei, Friedrichsplatz 5, W. Bareis, Zähringerstrasse 39,
H. H. Baumann, Kreuzstrasse 10, K. Baumann, Kaiserstr. 40, A. Baumann,
Amalienstrasse 51, Julius Becker, Kaiser-Passage, K. F. Bischoff, Kronen-
strasse 4, A. Börsig, Waldhornstrasse 24, Hch. Dobmann jr., Kaiserstr. 165,
A. Dörmann, Schützenstrasse 8, J. Dolland, Bahnhofstrasse 4, K. Eschle,
Bismarckstrasse 33, J. Fell, Conditorei, Kaiserstrasse 70, K. Friedrich,
Zähringerstrasse 86, O. Hasslinger, Conditorei, Adlerstrasse 16, Fraulein
Karrer, Ruppurrerstr. 38, H. Henninger jr., Kaiser-Allee 145, K. Hentscher,
Erbsprinzerstrasse 32, H. Hildenbrand, Hof-Conditor, Waldstrasse 8,
Mauderer, Stephaniensstrasse 49, H. Mäule, Schützenstr. 82, Franz Mayer,
Kurvenstrasse 18, Gottl. Mayer, Durlacher Allee 26, L. Pfefferle, Hirsch-
strasse 31, Fr. Reich, Kaiser- u. Fasanenstrassen-Ecke, Fr. Reiss, Werder-
platz 27, Fr. Schmidt, Werderstrasse 8, Jul. Walther, Zähringerstrasse 98.

Verein von Vogelfreunden Karlsruhe.
Ausstellung von Sing- und Biervögeln etc.
am 6., 7. und 8. Dezember 1891
in den oberen Räumen der Gr. Landesgewerbehalle,
verbunden mit Glädshafen (Raos 20 Pf.). Niedrigster Gewinn Werth
P. 853.
4 M., Höchstgewinn 40 Mark.
Eintritt 20 Pf. Schüler und Schülerinnen 10 Pf.

P. 647.9.
Möbel-Fabrik
von
Hch. F. ROTHWEILER,
Karlsruhe, Amalienstr. 37,
empfiehlt ihren selbstverfertigten Vorrath jeder Art Möbel, übernimmt
ganze Einrichtungen, sowie einzelne Möbel nach gezeigten oder eigenen
Entwürfen u. sichert bei nur solider Ausführung billigste Preise zu.

Wasserdichte
Wagendecken, nach vorzüglichster Me-
thode präparirt. P. 891.6.
Wagendecken für Sommer und Winter.
Segeltuche in Leinen und Baumwolle,
natürlich und farbig.
Marquisen und Zeltstoffe, glatt und
gestreift.
Bette verschiedener Construction nach
besonderer illustr. Preisliste.
Leihdecken zum Vermietten für pro-
fessionelle Bedachungen aller Art,
ferner:
Robes Segeltuch für Marine- und
Eisenbahnbedarf, in vielen Sorten von 60 bis 400 Ctm. Breite.
Zwisch-, Hochleinen, Marquisendrell, Sackstoffe, Technische Gewebe in
Leinen und Baumwolle.
Säcke jeder Art empfohlen.
L. Stromeyer & Co. in Konstanz.
Mechanische Segeltuch- und Leinwanderei, Imprägniranstalt, Decken-
Seiten- und Sackfabrik.



Das Modewaaren-, Seiden-, Teppich- und Damen-Confections-Geschäft
145 Kaiserstr. **S. Model** Karlsruhe
empfiehlt in großer Auswahl: P. 904

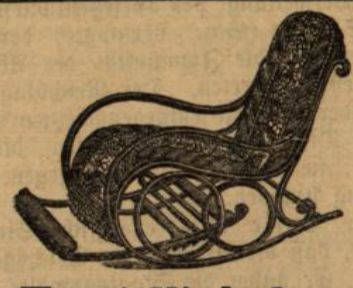
Reisedecken.
Sealskin-Reisedecken, einfarbig, M. 9.50, 6.—, 5.50.
Sealskin-Reisedecken, eine Seite schwarz, die andere Seite mit eleganten
Fell- und anderen Mustern, M. 19.50, 15.50, 13.50, 11.50, 9.50, 8.50.
Lammwoll-Reise- und Wagendecken, in eleganten Streifen,
M. 33.—, 27.—, 22.—, 19.—.
Mohair-Reise- u. Schlittendecken, in aparten Mustern, M. 33—75.
**Große Auswahl in neuen englischen karrirten Reise- und
Wagendecken.**

Schirme.
Regenschirme, Ueberzug Gloria, solide Qualitäten, für Damen und Herren
M. 5.25 und 3.50.
Regenschirme, Ueberzug Merveilley, Halbseide, solide Qualitäten, mit
eleganten Griffen, M. 11.50, 9.—, 7.—.
Regenschirme, Ueberzug reine Seide, mit feinen Griffen, M. 19.50, 15.—,
12.—, 8.50.
Regenschirme für Kinder, solide Qualitäten, M. 4.—, 2.25.
**Große Sortimente in feinen engl. seidene Regen-
schirmen für Damen und Herren in eleganter Ausstattung.**

Flügel und Pianinos
von höchster Tonschönheit,
von den einfachsten bis zu den
besten und ideal vollkomme-
sten von Bechstein, Blüthner,
Steinway & Sons.
Zum Besuche meines Magazins lade ich Interessenten höflichst ein. Das Lager enthält
stets etwa 100 mit grösster Sorgfalt ausgewählte Pianinos, Flügel, Klaviere und Har-
moniums, trägt jedem Geschmack und Bedürfniss Rechnung und erleichtert dadurch
ungemein die Wahl. — Preise billigst. P. 447.3.
Ludwig Schweisgut, Grossh. Hoflieferant,
31 Herrenstrasse Karlsruhe Herrenstrasse 31.

Badischer Frauenverein.
Frauenarbeitschule.
Am 2. Januar 1892 beginnen die Kurse im Handnähen, Maschinen-
nähen, Kleidermachen, Wollarbeiten, Buchführung u. Geschäftsaufgaben.
Anmeldungen wollen gefälligst baldmöglichst eingereicht werden. P. 803.2.
Karlsruhe, den 1. Dezember 1891.
Der Vorstand der Abteilung I.

Als Weihnachtsgeschenke für junge Herrn
empfiehlt:
Kloret-, Säbel- und Rapier-Fechtzuge,
sowie alle Arten
Fechtboden-, Mensur- und Parade-Waffen
in gediegender Ausführung und zu billigen Preisen
G. Kesselbach, Waffenschmied
in Heidelberg.
P. 708.4.



Haupt-Niederlage
der ächten Wiener Möbel
von Gebr. Thonet in Wien
bei
Otto Büttner, Karlsruhe,
Kaiserstr. 158, Ecke Douglasstr.
Zeichnungen mit Preis auf Wunsch.
Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Stefan Kesselheim, Mannheim
— Cigarren-en-gros. —
Man verlange Preisliste. — 200 Sorten.
Belonders empfehlenswerth:
Titania in 110 K. 56 M.
Flor de Para 57
Schiller 60
Picarillo 65
Corona Bremensis 70
Flor del Mayo 75
Guapo 75
Nelly 75
Domina 75
Dinero 75
Clarita 95
P. 94.10. etc. etc.
Reellste Bedienung.
Zurücknahme nicht passender Sorten.
Bei Abnahme von 500 Stück Frankensondig:
P. 209.98. Karlsruhe.
**Feuer-, fall- u. einbrun-
nigere-Geld-, Bücher- und
Dokumenten-Schränke**
empfiehlt **Wih. Weiss,**
Karlsruhe Erbprinzenstr. 24

**Christbaum-
Confect**
Kiste 440 Stück, reichhaltige Mischung,
M. 2.80, Nachn. Bei 3 Kist. 1 Präsent.
Friedr. Fischer, Dresden-N. 12.
P. 898. Junge fette Hafermalkgänse,
sauber gerupft, per Hund 40—47 S.,
franko, empfiehlt **Otto Gerull,**
Alt-Weinthalen (Ostpreußen).

Bürgerliche Rechtspflege.
Konkursverfahren.
P. 883. Nr. 14,166. Mülheim.
Ueber das Vermögen des Kaufmanns
Eduard Friedrich Greiner in Brüggen
wird auf dessen Antrag heute am
3. Dezember 1891, Nachmittags 3 Uhr,
das Konkursverfahren eröffnet.
Herr Rathschreiber Stöcher in Brüggen
wird zum Konkursverwalter ernannt.
Konkursforderungen sind bis zum 30.
Dezember 1891 bei dem Gerichte an-
zumelden.
Es wird zur Beschlussfassung über die
Wahl eines andern Verwalters, sowie
über die Bestellung eines Gläubigeraus-
schusses und eintretenden Falls über die
in § 120 der Konkursordnung bezeich-
neten Gegenstände auf
Mittwoch den 30. Dezember 1891,
Vormittags 9 Uhr,
und zur Prüfung der angemeldeten For-
derungen auf
Mittwoch den 13. Januar 1892,
Vormittags 9 Uhr,
vor dem unterzeichneten Gerichte Ter-
min anberaumt.
Allen Personen, welche eine zur
Konkursmasse gehörige Sache in Besitz
haben oder zur Konkursmasse etwas
schuldig sind, ist aufgegeben, nichts
an den Gemeinsschuldner zu verabfol-
gen oder zu leisten, auch die Verpflichtung
auferlegt, von dem Besitze der Sache und
von den Forderungen, für welche sie

aus der Sache abgeforderte Befreiung
in Anspruch nehmen, dem Kon-
kursverwalter bis zum 30. Dezember
1891 Anzeige zu machen.
Mülheim, 3. Dezember 1891.
Der Gerichtsschreiber Dr. Amtsgerichts:
Doll.

Konkursverfahren.
P. 884. Nr. 25,455. Bruchsal.
In dem Konkursverfahren über das
Vermögen des Meier Ullmann, Dan-
delsmann in Langenbrüden, ist zur Ab-
nahme der Schlussrechnung des Verwal-
ters, zur Erhebung von Einwendungen
gegen das Schlussverzeichnis der bei der
Vertheilung zu berücksichtigenden For-
derungen und zur Beschlussfassung der
Gläubiger über die nicht verwertbaren
Vermögensgegenstände der Schlussrechnung
auf
Mittwoch den 30. Dezember 1891,
Vormittags 9 Uhr,
vor dem hiesigen Amtsgericht hierseits,
Zimmer Nr. 7, bestimmt.
Bruchsal, den 3. Dezember 1891.
Riffel,
Gerichtsschreiber des Gr. Amtsgerichts.

Konkursverfahren.
P. 886. Nr. 13,112. Wolfach. In
dem Konkursverfahren gegen den Bad. Hofwirth
Josef Geble von Wolfach ist nach
das Gr. Amtsgericht zur Abnahme
der Schlussrechnung, zur Erhebung von
Einwendungen gegen das Schlussver-
zeichnis Schlussrechnung auf
Donnerstag 31. Dezember d. J.,
Vormittags 9 Uhr,
bestimmt.
Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:
Haffig.

P. 879.1. Karlsruhe.
**Großh. Bad. Staats
Eisenbahnen.**
Vorbehaltlich höherer Genehmigung
verkaufen wir das 1892er Jahresergeb-
nis an gemischten Eisen-, Stahl- und
Gussbahnen mit ungefähr 500 Tonnen.
Schriftliche Angebote hierauf wer-
den bis
Mittwoch den 23. d. Mis.,
Vormittags 10 Uhr,
entgegengenommen und dann geöffnet.
Die Verkaufsbedingungen sind un-
entgeltlich bei uns zu erhalten.
Karlsruhe, den 3. Dezember 1891.
Gr. Hauptverwaltung der Eisenbahn-
magazine.

P. 905. Nr. 25,601. Bruchsal. Bei
Gr. Amtsgericht Bruchsal ist eine
Schreibenshilfsstelle mit 780 Mark
Jahresgehalt durch einen Altmarials-
incidenten oder Aktuar sofort zu be-
setzen.
Bruchsal, den 5. Dezember 1891.
Gr. bad. Amtsgericht.
Bechtold.